

# Kraufauer Zeitung.

Nr. 140.

Samstag, den 21. Juni

1862.

Die „Kraufauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Kraufau 4 fl. 20 Kr., mit Befendung 5 fl. 25 Kr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Kr. berechnet. — Inserationsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeitspalt für VI. Jahrgang. nemenspreis: für Kraufau 4 fl. 20 Kr., mit Befendung 5 fl. 25 Kr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Kr. berechnet. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraufauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Plauten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

## Amtlicher Theil.

**Erlaß des Finanzministeriums v. 16. Juni 1862\*).**  
die Eröffnung einer Subscription auf einen Theil der Staatsschuldverschreibungen des Verlosungs-Anlehens vom Jahre 1860 betreffend.

Auf Grund der, mit dem Gesetze vom 8. Juni 1862 (Reichsgesetzblatt Nr. 31) erhaltenen Ermächtigung und in Folge der mit der Nationalbank getroffenen Vereinbarung hat das Finanzministerium 83,000,000 fl. in Staatsschuldverschreibungen des Anlehens vom Jahre 1860 der k. k. privilegierten Kreditanstalt für Handel und Gewerbe und dem Wiener Bankhause des Freiherrn S. M. v. Rothschild für sich und im Namen der Bankhäuser M. A. v. Rothschild und Söhne in Frankfurt am Main, Gebrüder von Rothschild in Paris und R. M. von Rothschild und Söhne in London mittelst Vertrages überlassen, und dabei die Bestimmung getroffen, daß der fünfte Theil von diesen Staatsschuldverschreibungen, somit ein Betrag von 16,600,000 fl. und zwar: 12,450,000 fl. in Stücken zu 500 fl. und 4,150,000 fl. in Stücken zu 100 fl. im Wege einer öffentlichen Subscription dem Publicum angeboten werde.

Hiernach wird eine Subscription am 23. Juni 1862 eröffnet und am 26. Juni 1862 geschlossen, und es werden die Bedingungen, unter welchen an dieser Subscription theilgenommen werden kann, in den nachfolgenden Bestimmungen bekannt gegeben:

1. Für jedes Hundert vom Nominalbetrage der erwähnten Staatsschuldverschreibungen sind 94 (Neunzig vier Gulden) zu bezahlen.

2. Der geringste Betrag, auf welchen eine Subscription angenommen wird, ist 100 fl.

3. Das Ergebnis der Subscription wird, sobald die in den Kronländern subscribirten Beträge bekannt sein werden, und jedenfalls längstens am 12. Juli 1862, durch die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht. Wenn der subscribirte Betrag 16,600,000 fl. übersteigt, so tritt eine verhältnismäßige Verminderung der subscribirten Beträge ein, und es wird der Maßstab dieser Verminderung gleichzeitig durch die „Wiener Zeitung“ kundgemacht. Sollten die auf Beträge unter 500 fl. lautenden oder durch die nothwendig gewordene Verminderung auf Beträge unter 500 fl. herabgesetzten Subscriptionsen zusammen genommen 4,150,000 fl. überschreiten, so werden dieselben im Wege der Verlosung — über deren Modalitäten eine Veröffentlichung durch die „Wiener Zeitung“ erfolgen wird — auf 4,150,000 fl. zurückgeführt werden.

4. Wer an der Subscription theilnehmen will, hat eine stempelfreie Erklärung nach dem beiliegenden Muster und mit dieser Erklärung die erforderliche Kautions (§§ 5 und 6) bei der privilegierten österreichischen Nationalbank in Wien oder bei einer ihrer Filialen in den verschiedenen Kronländern, oder bei den Landeshauptstellen in Venedig, Zara und Czernowitz, oder endlich bei der Sammlungskasse in Salzburg zu überreichen. Die genannten Kassen haben den Auftrag, Blanketten zu der Subscriptionserklärung unentgeltlich zu verabfolgen.

5. Die Kautions hat in 10pCt. des einzuzahlenden Betrages zu bestehen und kann ganz oder zum Theile auch in Partial-Hypothekaranweisungen, die nicht über ein Jahr lang verfallen sind; in Koupens von Staatsschuldverschreibungen, welche längstens binnen 10 Tagen verfallen werden, oder nicht länger als ein Jahr aushaften; oder in auf Ueberbringer lautenden, mit allen noch nicht verfallenen Koupens versehenen Staatsschuldverschreibungen bestehen. Der Werth der letzteren wird mit 10 pCt. unter dem Course der Wiener Börse vom 16. Juni 1862 in Waare (mit Hinweglassung des Bruchtheiles), die übrigen oben genannten Effekten aber nach ihrem Auszahlungswerte berechnet.

6. Außer den in § 5 angeführten Werthpapieren können auch Prioritätsobligationen und Aktien der k. k. privilegierten Kaiser Ferdinands-Nordbahn, dann Prioritätsobligationen und Aktien aller inländischen Unternehmungen, welchen die Staatsverwaltung ein gewisses Erträgnis garantiert, als Kautions erlegt werden.

Der Werth der Prioritätsobligationen und Aktien wird zwar auch wie jener der Staatsschuldverschreibungen ermittelt; doch ist der Werth der Aktien mit 15 Prozent unter dem angenommenen Course zu berechnen.

7. Die als Kautions erlegten, nicht auf Ueberbringer lautenden Aktien müssen mit em Giro desjenigen,

auf den sie lauten, und beziehungsweise mit dem Giro des Subskribenten versehen, und alle Werthpapiere ohne Unterschied auf der Rückseite der Subskriptionserklärung genau verzeichnet sein.

8. Die im Baren oder in Werthpapieren erlegte Kautions wird in dem, an den Subskribenten von der Kasse hinausgegebenen Einzahlungsbogen bestätigt.

9. Wenn die subscribirten Beträge in dem, § 3 vorgesehene Falle vermindert werden müssen, so wird doch die im Baren erlegte Kautions nicht vermindert, sondern, insoweit als sie 10 Prozent des einzuzahlenden verminderten Betrages übersteigt, als eine Vorauszahlung behandelt.

Dagegen kann der Subskribent, jedoch längstens nur bis zum 15. Juli 1862, die verhältnismäßige Verminderung seiner in Werthpapieren erlegten Kautions, und beziehungsweise die Zurückstellung des Mehrbetrages, welche auf dem vorzulegenden Einzahlungsbogen ersichtlich gemacht wird, verlangen.

10. Die im Baren erlegte Kautions wird vom Tage des Erlages bis zum 2. März 1863, oder, wenn die Einzahlung der letzten Rate (§ 14) vor dem 2. März 1863 erfolgt, bis zum Tage dieser Einzahlung mit 5 Prozent verzinst. Insoweit aber ein Theil der Barkautions als eine Vorauszahlung behandelt wird (§ 9), läuft die 5prozentige Verzinsung nur bis 15. Juli 1862 oder wenn die erste Rate vor dem 15. Juli 1862 eingezahlt wird, nur bis zum Tage dieser Einzahlung.

11. Die in Werthpapieren erlegte Kautions muß längstens bis zum 15. August 1862 gegen jenen Barbetrag umgewechselt werden, für welchen sie angenommen wurde. Nur dann, wenn eine Verminderung des Subskriptionsbetrages erfolgt ist, hat die Umwechslung bloß in einem solchen Barbetrag zu geschehen, welcher für sich allein, oder mit Zurechnung der theilweise im Baren erlegten Kautions, 10 Prozent des einzuzahlenden Betrages deckt.

Die hiernach gegen Bargeld umgewechselte Kautions wird vom Tage dieser Umwechslung ebenfalls mit 5 Prozent verzinst (§ 9).

12. Werden die als Kautions erlegten Werthpapiere nicht bis zum 15. August 1862 nach der im § 11 enthaltenen Bestimmung umgewechselt, so werden sie börsenmäßig veräußert und erst von dem Tage, an welchem der dafür gelöste Betrag bei der Kasse eingeflossen ist, als Barkautions behandelt und verzinst.

13. Wenn der im vorgedachten Falle eingeflossene Betrag für sich allein oder mit Zurechnung der theilweise im Baren geleisteten Kautions 10 Prozent des einzuzahlenden Betrages übersteigt, so ist der Uebererschuß als eine Vorauszahlung auf die nächste Rate zu verrechnen.

Wenn er aber 10 Prozent des einzuzahlenden Betrages nicht erreicht, so ist das Fehlende längstens bis 1. September 1862 zu erlegen, widrigens der ganze eingeflossene Betrag dem Aerar anheimfällt.

14. Die Einzahlung auf den subscribirten oder den, durch Reduktion der subscribirten Gesamtsumme verminderten Betrag hat in 9 gleichen, 10pCt. Raten, und zwar längstens

	am 15. Juli	
	31. "	
1862	1. September	1862
	1. Oktober	
	3. November	
1863	1. Dezember	1863
	2. Jänner	
	2. Februar	
	2. März	

zu erfolgen; doch kann die Einzahlung ganz oder zum Theile auch vorhinem geschehen.

15. Wer eine Rate nicht in der § 14 bestimmten Frist erlegt, dessen Kautions wird unnachlässiglich eingezogen. Ebenso werden die früher bezahlten Beträge, sofern sie nicht mit Staatsschuldverschreibungen bedeckt werden können, dem Aerar anheimfallen; wogegen der Subskribent jeder weiteren aus seiner Subscription hervorgegangenen Verpflichtung entbunden wird.

16. Zu den Rateneinzahlungen werden auch Koupens von Staatsschuldverschreibungen, wenn sie nicht später als in zehn Tagen verfallen, oder nicht schon vor mehr als einem Jahre fällig geworden sind, im Auszahlungswerte; und nicht über ein Jahr lang verfallene Partial-Hypothekaranweisungen im Nennwerthe als bares Geld angenommen.

Ist aber eine Partial-Hypothekaranweisung am Tage der Einzahlung noch nicht fällig geworden, so sind die bei der Ausstellung oder Prolongation der Partial-Hypothekaranweisung im vorhinem erhobenen Zinsen vom Tage der Einzahlung bis zum Verfallstages

der Partial-Hypothekaranweisung von dem Subskribenten zu ersehen.

17. Jede geleistete Einzahlung wird vom Tage der Einzahlung bis zu dem Tage, an welchem die Subskribenten die ihnen gebührenden Staatsschuldverschreibungen erhalten, mit 5 pCt. verzinst.

18. Wenn der subscribirte oder der nach § 3 verminderte Betrag durch 500 ohne Rest theilbar ist, so werden nur Staatsschuldverschreibungen zu 500 fl. an den Subskribenten erfolgt. Insofern daher für jede einzelne oder für mehrere Raten nicht wenigstens 500 fl. oder ein durch 500 ohne Rest theilbarer Betrag an Staatsschuldverschreibungen entfällt, kann der Subskribent die Erfolgslaffung von Staatsschuldverschreibungen nicht anprechen.

19. Wenn der subscribirte oder der verminderte Betrag 500 fl. nicht erreicht, oder wenn er durch 500 ohne Rest nicht theilbar ist (z. B. sich auf 700, 1600, 3800 fl. beläuft), so wird für den, 500 fl. nicht erreichenden Subscriptions- und für den, durch 500 ohne Rest nicht theilbaren Beitrag, die entsprechende Staatsschuldverschreibung nach erfolgter Einzahlung von je 94 fl. ausgehändigt werden.

20. Drei Tage vor dem 1. August 1862 und vor dem 1. Februar 1863 und drei Tage nach dem 1sten August 1862 und 1. Februar 1863 findet eine Hin- und Rückgabe von Staatsschuldverschreibungen statt. Sollte eine Kasse am Tage der Rateneinzahlung mit dem erforderlichen Vorrathe von Staatsschuldverschreibungen nicht versehen sein, so wird für deren möglichst schnelle Zuführung Sorge getragen und dem Subskribenten der Tag bekannt gegeben werden, an welchem die Staatsschuldverschreibungen erhoben werden können.

21. Die Staatsschuldverschreibungen, welche für die im Baren erlegte oder in Bargeld umgewandelte Kautions gebühren, werden erst bei Einzahlung der letzten Rate erfolgt.

22. Den Subskribenten kommen zweimonatliche vom Tage der vollständigen Einzahlung für die erfolgte Staatsschuldverschreibung zurück zu rechnende  $4\frac{1}{2}$  pCt. Zinsen zu Gute. Haften auf der erfolgten Staatsschuldverschreibung mehr als zweimonatliche Zinsen, so sind die über zwei Monate haftenden von dem Subskribenten zu vergüten; haften hingegen die Zinsen nicht volle zwei Monate, so sind für die fehlende Zeit die Zinsen bar an den Subskribenten zu bezahlen.

Plener m. p.

## Subscriptions-Erklärung.

Der Unterzeichnete erklärt zu Handen der Kasse zu ... daß er an der, mit Finanz-Ministerial-Erlaß vom 16. Juni d. J. eröffneten Subscription auf 16,600,000 fl. in Staatsschuldverschreibungen des Verlosungs-Anlehens vom Jahre 1860 mit einem Betrage von ... im Nennwerthe dieser Staatsschuldverschreibungen theilnehme, sich einer allfälligen Reduktion dieses Betrages und überhaupt allen in jenem Erlaße ausgesprochenen Bedingungen unterziehe.

Zur Sicherstellung der übernommenen Verpflichtungen erlegt er die 10pCt. Cautions in Barem mit der Rückseite dieser Erklärung aufgeführt sind, mit ... den 21. Juni 1862.

Unterschrift und Wohnort des Subskribenten: ... über die als Cautions erlegten Werthpapiere.

den 21. Juni 1862.

Bezeichnung der Werthpapiere	Zahl der Coupons	Nennwerth	Cautionswerth	Anmerk.

Es sind bereits wiederholte Fälle vorgekommen, daß Goldsendungen von Oesterreich nach England erst spät und nicht ohne große Mühe in die Hände der Adressaten gelangten.

Die Ursache davon liegt darin, daß weder die französische noch englische Post Goldsendungen übernimmt, sondern dieselben einer der bestehenden Messagerien übergibt, bei denen die groups sodann nicht selten ohne Absicherung des betreffenden Adressaten liegen bleiben.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft bringt daher zur Kenntniß, daß es viel zweckmäßiger ist, den in London befindlichen Angehörigen Anweisungen an accreditirte Londoner Bankiers statt barem Gelde zuzusenden, da diese im Wege der Briefpost den Adressaten regelmäßig zugestellt werden.

Wien, am 17. Juni 1862.  
Som. l. l. Ministerium für Handel und Volkswirtschaft.

## Nichtamtlicher Theil.

Kraufau, 21. Juni.

Die heftige Frage hat, neben ihrer allgemeinen politischen Bedeutung, für den preussischen Hof ein besonderes persönliches Interesse, wegen dessen man sie in Berlin mit Aufmerksamkeit verfolgt. Wie die „K. Bzg.“ erzählt, knüpft sich nämlich der Sommer-Resepian des Königs an die heftige Krisis; er wartet nur darauf, daß diese Krisis durch die definitive Bildung eines neuen heftigen Ministeriums zum vorläufigen Austrag gebracht werde, um sofort die übliche Erholungsreise, zunächst wohl nach Baden-Baden, anzutreten. Damit wäre denn ausgesprochen, daß die parlamentarische Saison keinen Grund für den Aufschub dieser Reise gäbe. Ob diese Berechnung nicht eine irrige ist, muß die Zeit lehren. Die Session des Landtages scheint sich allmählich immer weiter hinzuziehen zu wollen; die kürzeren Berechnungen machen immer längeren Platz, und es gibt schon Abgeordnete, welche die Rückkehr in die Heimat während des Sommers überhaupt für zweifelhaft halten. Die Budget-Commission des Abgeordneten-Hauses fährt fort, sich tüchtig zu rühren; jetzt spricht man von einem Antrage, welcher die Etats-Ueberschreitungen nicht wie bisher nach drei Jahren, sondern sofort im nächsten Jahre verlegt wissen will.

Dem Schwäbischen Merkur wird aus Schleswig vom 9. Juni geschrieben: „In dänischen Blättern circulirt jetzt eine politische Conjectur, deren Wahrheit allerdings anderswo vielleicht die größte Freude hervorrufen würde. Der Prinz Friedrich von Hessen will sein Palais in Kopenhagen verkaufen, weil er Kopenhagen für immer verlassen will. Die dänische, selbst die Regierungspresse bringt das mit Abdicationsabsichten des gegenwärtigen Kurfürsten von Hessen in ganz bestimmte Verbindung.“

Die in Turin erscheinende ministerielle „Monarchia nazionale“ theilt sowohl die im Consistorium vom 9. d. M. gehaltene Allocution des Papstes als die Antwort der Bischöfe im Auszuge mit und beschränkt sich einseitig auf die Bemerkung, daß die 256 Bischöfe und die 21 Kardinäle, welche die Adresse unterzeichnet haben, zusammen nicht den vierten Theil des katholischen Episcopats ausmachen, übersieht aber dabei, daß es ihre eigenen Herren sind, die 83 italienischen Bischöfen die Reise nach Rom untersagten.

Die mexicanische Debatte hat im spanischen Conress ohne Beschlußnahme geendet, da die Oppositions-Fractionen in ihren Ansichten so weit auseinander gingen, daß sie sich zu keiner Gesamtheit erheben konnten. Die Discussion hat jedoch wesentlich genützt, da sie die öffentliche Meinung aufgeklärt und über die Stellung der Regierung zum Londoner Vertrage, zu Prim und zu der mexicanischen Candidatur vollständig Licht verbreitet hat. Uebrigens hat die spanische Regierung jetzt den löblichen Beschluß gefaßt, schrittweise und vorsichtig in den Colonien Reformen einzuführen, bis Colonien und Mutterland dieselben Gesetze genießen.

Die Pforte hat nach der „K. B.“ den Höfen von Paris und Petersburg mitgetheilt, daß sie die Kuppel des h. Grabes in Jerusalem allein auf ihre Kosten werden herstellen lassen. Die Leitung der Ausbesserungs-Arbeiten soll bereits einem armenischen Architekten übertragen worden sein.

Die Affaire Betreffs des h. Grabes scheint, wenn man den französischen halbamtlichen Blättern Glauben beimessen kann, erst werden zu wollen. Rußland und Frankreich, die sich in dieser Angelegenheit geeinigt haben, verweigerten bekanntlich das Anerbieten der Pforte, die Türken an dem Wiederaufbau der Kuppel Theil nehmen zu lassen, und die Pforte hat nun in einer Note erklärt, diese Angelegenheit allen übrigen christlichen Mächten vorlegen zu wollen. Rußland und Frankreich sollen damit nun keineswegs einverstanden sein. Das Zusammengehen der beiden Mächte in dieser Frage ist jedenfalls von hoher Bedeutung, zumal das Bombardement von Belgrad wohl eine weitere gemeinschaftliche Action derselben im Orient zur Folge haben wird.

\* Enthalten in dem am 18. Juni 1862 ausgegebenen XVII. Stücke des R. B. unter Nr. 36.





